

Das Ringen um antiimperialistische Demokratie im Innern, um die Räte-macht war seit der Oktoberrevolution unmittelbar mit dem Ringen um die Herstellung freundschaftlicher Beziehungen eines demokratischen deutschen Staatswesens zur Sowjetmacht verknüpft. Die Kräfte der Demokratie und des Sozialismus in Deutschland entwickelten ihre außenpolitische Konzeption zugleich mit ihren Aktionen zur Veränderung der Macht Verhältnisse im Innern. Ebenso wie in Deutschland in der Novemberrevolution die beiden entgegengesetzten Klassenlinien, die des Proletariats und die der Monopol-bourgeoisie, in der Frage Räte-macht oder Nationalversammlung kulminier-ten, so auf außenpolitischem Gebiet in der Frage der Gestaltung der Bezie-hungen zu Sowjetrußland. Die Novemberrevolution hatte bei weitem nicht nur nationale Bedeutung für das deutsche Volk. Der Sieg der antiimperia-listischen Volksrevolution und das Zusammenwirken eines aus dieser Revo-lution hervorgegangenen deutschen Staates mit dem Sowjetstaat hätte zu-mindest dem Imperialismus in Europa einen tödlichen Schlag versetzt.

Beim Ringen um die Gestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse im In-nern standen sich zwei Klassenpositionen antagonistisch gegenüber, und die ausländischen Imperialisten griffen aktiv in den Ausgang dieser Ausein-andersetzung in Deutschland ein. Die imperialistischen und militaristischen Kräfte Deutschlands forderten und förderten diese Einmischung, einmal mehr beweisend, daß imperialistische Politik mit nationalem Verrat gekoppelt ist.<sup>33</sup> Der außenpolitische Aspekt dieses Vorgehens, der sich Schritt für Schritt herauskristallisierte, bestand im Ausbau des deutschen Staates als Speerspitze gegen die Sowjetmacht.

In diesem Zusammenhang soll nur eine Tatsache hervorgehoben werden, nämlich die Funktion der sozialdemokratischen Führung. Innenpolitisch wurde die Räte-macht durch das (zeitweilige) Bekenntnis der offiziellen Sozialdemokratie zu den Räten und durch die Abtötung des revolutionären Gehalts der Räte überwunden. Außenpolitisch sprang Ebert als Vorsitzender der SPD für die Erhaltung der imperialistischen Macht in die Bresche und versuchte Ende 1917, den diametralen Gegensatz zwischen dem Leninschen Dekret über den Frieden mit seinem Aufruf an die Völker und Regierungen der kriegführenden Staaten und der sogenannten Friedensresolution des kaiserlichen Reichstages zu vertuschen.<sup>34</sup> Von dort führt die Linie zum Pak-tieren der späteren sozialdemokratischen Regierung mit der einheimischen und ausländischen Reaktion gegen die Sowjetmacht.

Trotz gewisser Ansätze auch im großbürgerlichen Lager und trotz des Ent-gegenkommens des Sowjetstaates wurden die nach der Oktoberrevolution in Rußland und der Novemberrevolution in Deutschland auch für einen bürger-lichen Staat sich bietenden Möglichkeiten für eine von den Prinzipien der friedlichen Koexistenz getragene Zusammenarbeit zwischen Deutschland und dem Sowjetstaat von den herrschenden Kräften in Deutschland nicht ge-nutzt. Die antisowjetische Politik führte zu einer grausamen Kriegskata-strophe. Von der Hauptkraft des imperialistischen Lagers unterstützt, wird diese Politik heute wiederum auch mit Hilfe der Rechtssozialisten von der Bonner Regierung fortgeführt. In Gestalt der Deutschen Demokratischen Republik hat sich jedoch heute eine unüberwindliche Gegenkraft auf deut-schem Boden staatlich organisiert. Hier ist die Pflege und Entwicklung der allseitigen Zusammenarbeit, der Freundschaft mit der Sowjetunion ent-sprechend den Prinzipien des sozialistischen Internationalismus verfassungs-mäßig verankert (Art. 6 Abs. 2) und lebendige Praxis. Das Vermächtnis der

33 vgl. Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, a. a. O., S. 138 ff.

34 Vgl. K. Polak, a. a. O., S. 82 f.